

festigt ihre Autorität, indem es eine starke regionale Unterstützung gewährt.

In ausgezeichneter Weise zeigt Lachs, daß der europäische Sicherheitspakt nicht nur dem Frieden, sondern auch den wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen der Völker Europas dienen wird.

Wenn wir die Untersuchungen von Professor Lachs nach dieser oder jener Richtung weiterentwickeln sollen, dann müssen wir u. a. auf die Zäsur eingehen, die in dem Verhalten der Völker zur Regelung der nationalen und internationalen Angelegenheiten gegenüber früheren Zeiten seit einigen Jahren eingetreten ist.

Als der USA-Imperialismus wenige Jahre nach dem zweiten Weltkrieg eine aggressive, letztlich auf Welt Herrschaft gerichtete Politik einschlug, da wurden sich die Völker der kapitalistischen Welt dessen bewußt, daß sie mit ihren Regierungen und den von diesen in ihrer Majorität abhängigen Parlamenten in einen Kampf um Frieden und Freiheit eintreten müßten. Die Völker sind entschlossen, ihre vitalsten Interessen nicht mehr von Regierungen verletzen, sich nicht mehr von ihren Parlamenten — um mit Marx zu reden — zertreten zu lassen.

Eine derartige Einstellung der Völker hatte es bisher nie gegeben. Wohl hatten die Völker seit langem erheblichen Einfluß auf die internationalen Abkommen gehabt, in denen die Normen des Völkerrechts formuliert wurden, aber sie hatten nicht, wie es jetzt der Fall ist, bewußt und organisiert den Kampf für die Verwirklichung des Völkerrechts aufgenommen. Den Umschwung bezeugt unwiderleglich die ökumenische Friedensbewegung, in der jetzt der Abschluß von Pakten zur kollektiven Sicherheit überragende Bedeutung anzunehmen beginnt. Dabei werden die Völker, die noch unter dem Joch des Kapitalismus leben, durch die unverbrüchliche Friedenspolitik der sozialistischen Staaten wirksamst unterstützt.

In der großen Auseinandersetzung zwischen den sozialistischen und den um Frieden und Freiheit ringenden Völkern einerseits und den imperialistischen Regierungen andererseits werden die ersteren immer größere Erfolge haben, denn die Ideen des Friedens und der Freiheit der Nation sind überall auf der Welt in die breiten Massen gedrungen und zu einer Macht geworden, der auf die Dauer nichts widerstehen kann.

Wenn es unserer Rechtswissenschaft gelingt, den Völkern immer mehr klarzumachen, was im gegenwärtigen weltgeschichtlichen Augenblick von ihrer Aktivität für die Entwicklung der internationalen und staatlichen Verhältnisse abhängt, dann wird sie dazu beitragen, daß sich das Verantwortungsgefühl der Völker weiterhin festigt, und dadurch die Sache des Friedens und der Selbstbestimmung der Nationen fördern. Sagt man — wie man oft hören kann — derartiges sei keine rechtswissenschaftliche, sondern eine politische Angelegenheit, so wäre zu erwidern, daß eine Rechtswissenschaft, die die Politik beiseite läßt, nicht nur eine Rechtswissenschaft ohne Recht, wie bekanntlich Leonard Nelson die bürgerliche Rechtswissenschaft seinerzeit charakterisiert hat, sondern auch eine Rechtswissenschaft ohne Wissenschaft ist.

Gegen einen europäischen kollektiven Sicherheitspakt wurden nur von zwei französischen Konferenzteilnehmern Bedenken erhoben, Bedenken, die — wie man sagte — im französischen Bürgertum ziemlich weit verbreitet sind. Die Wurzel solcher Bedenken ist die Befürchtung, daß bei einem Zusammenschluß der europäischen Staaten die sozialistischen Staaten unter ihnen den überwiegenden Einfluß gewinnen würden. In Wahrheit werden weniger die sozialistischen Staaten als die sozialistischen Ideologien, wenn man sie in den kapitalistischen Ländern in ihren Wirkungen näher kennenlernt — was unter der gegebenen Voraussetzung eines die Völker verbindenden Sicherheitspaktes unausbleiblich ist —, in diesen Ländern den gefürchteten Einfluß gewinnen, einfach, weil der Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus das bessere, menschenwürdigere Regime ist, das Regime, das in der geschichtlichen Stunde, die wir durchleben, durch das Gesetz des geschichtlichen Fortschritts gefördert wird. Aber so darf

man in einem Fall wie dem uns interessierenden nicht argumentieren. Man hat es ja dann mit Nichtsozialisten und auch dem Sozialismus nicht mit Sympathie gegenüberstehenden Persönlichkeiten zu tun. Man soll den Betreffenden vielmehr klarzumachen suchen, daß sie zunächst nicht die Wahl zwischen Kapitalismus und Sozialismus — zuletzt kommt es ja natürlich zu einer solchen Wahl —, sondern nur die Wahl zwischen Krieg und Frieden haben. Gelingt es, sie davon zu überzeugen, dann werden sie sich für den Frieden entscheiden, der nun einmal kollektive Sicherheitspakete im Sinne des von Molotow für Europa vorgeschlagenen fordert. Mit den Anhängern des amerikanischen oder sonstigen Imperialismus, zu denen die französischen Kollegen, von denen oben die Rede ist, sicher nicht gehören, muß eine andere Sprache gesprochen werden, die Sprache der Völker, die sie nötigt, bis auf weiteres ihre bisherige aggressive Politik so weit zu mildern, daß sie über Vorschläge, wie den eines europäischen kollektiven Sicherheitspaktes, in ernsthafte Verhandlungen einzutreten bereit sind. Ein instinktmäßiges Gefühl, das sie nicht trügt, sagt ihnen, daß ein friedlicher Wettbewerb zwischen den beiden Systemen, dem des Kapitalismus und dem des Sozialismus, schließlich mit dem Sieg des Sozialismus enden wird. Daher setzen sie ihre Hoffnungen auf einen Krieg mit Atomwaffen gegen das sozialistische Lager, bis ihnen die tatsächliche Respektierung des Prinzips der friedlichen Koexistenz, das ja im gegenwärtigen positiven Völkerrecht fundiert ist, von dem Willen der Völker aufgezwungen wird.

Die Frage der Atomwaffe und überhaupt aller Waffen der Massenvernichtung hat die Konferenz eingehend beschäftigt. Man war sich darüber einig, daß diese Waffen, vor allem die Atomwaffen, durch internationale Maßnahmen ausgeschaltet werden müssen. Professor Cyprian hielt darüber das maßgebliche Referat. Er zeigte in überzeugender Weise auf Grund einer Analyse der einschlägigen Quellen, daß der Gebrauch von Atomwaffen, wenn ihn auch frühere Vereinbarungen über die Einschränkung der zulässigen Kriegswaffen nicht ausdrücklich erwähnen — und das konnten sie nicht, weil damals die Atombombe noch nicht existierte —, ebenso wie der Gebrauch von sonstigen Massenvernichtungswaffen bereits heute verboten ist. Das hindert nicht, daß es aufs dringlichste geboten erscheint, durch eine besondere internationale Konvention den Gebrauch und das gefährliche Experimentieren mit Atomwaffen nicht nur zu verbieten, sondern schlechthin unmöglich zu machen.

Cyprian wies in seiner ausführlichen Darstellung auf die Beschlüsse hin, durch die die UN das Verbot des Gebrauchs von Atomwaffen im Interesse der Erhaltung des Weltfriedens für höchst erstrebenswert erklären. Aber die Vereinigten Staaten von Amerika haben sich bisher nicht dazu verstanden, das Erwünschte, ja unbedingt Notwendige zu tun. Sie haben sogar in jüngster Zeit ihren unweigerlichen Entschluß, den von ihnen in Aussicht genommenen Krieg auf dem Gebrauch von Atombomben aufzubauen, zum unzweideutigen Ausdruck gebracht. Obwohl sie selbst, wie ihnen bekannt, längst nicht mehr das Monopol der Atomwaffen besitzen, obwohl sie wissen, daß ein Atomkrieg für ihr eigenes Volk und für die anderen Völker der Atlantikpaktstaaten die verhängnisvollsten Folgen haben müßte, setzen sie doch auf die Karte des Atomkrieges, um durch die Drohung mit ihm jeden, der ihnen entgegenzutreten möchte, in einen Zustand der äußersten Furcht und der Erstarrung zu versetzen. Der Atomkrieg ist der letzte Trumpf, den sie auszuspielen haben, denn es ist ihnen nicht verborgen, daß ein mit den sogenannten klassischen Waffen geführter Krieg gegen die Staaten des Friedenslagers und die aufs festeste mit ihnen verbundenen Völker ihnen keinerlei Erfolgchancen bietet.

Über das Problem der Atomwaffe und ihrer Anwendung durch den imperialistischen aggressiven Block ist in der Konferenz viel Bedeutungsvolles vorgetragen worden, wobei auch Naturwissenschaftler interessante Informationen gaben.

In der Stellungnahme zur Atombombe — richtiger gesagt: zur Atomenergie — scheiden sich heute die